



# N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

## 12. Oktober 2010

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm

Es fehlten als entschuldigt: Peter **Haffelder**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 4. Oktober 2010 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 8. Oktober 2010 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

Vor Eintritt in die Sitzung bedankt sich Bürgermeister Vogt bei seinen beiden Stellvertretern, die während seiner Krankheit seit Mitte Juli die Amtsgeschäfte übernommen haben.

Des Weiteren teilt er zur Tagesordnung mit, dass TOP 04b der Tagesordnung (Einführung der gesplitteten Abwassergebühr - Beschluss zur Auftragsvergabe an ein Ingenieurbüro) abgesetzt wird, da sich die Bürgermeister des GVV Waibstadt in ihrer heutigen Sitzung darauf geeinigt haben, eine gemeinsame Beauftragung eines Ingenieurbüros anzugehen. Zeitlich geht hierbei nicht verloren.

## **01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 27. Juli 2010**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Sitzungsniederschrift vom 27. Juli 2010 zu.

**Abstimmung: 14 Ja**

## **02. Hiebs- und Kulturplan für das Forstwirtschaftsjahr 2011**

### **hier: Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP den Forstbezirksleiter Dr. Josef Klebes und den Revierleiter Tobias Dörre recht herzlich zur Sitzung.

Herr Dr. Josef Klebes versucht anhand einer Landschaftskarte, die städtischen Waldungen in ihrer umfänglichen Fülle dem Gemeinderat vorzustellen. Die Karte zeigt eine Aufteilung des Gemeinde-, Staats- und Privatwaldes auf Gemarkung Neckarbischofsheim, wobei der Wimpfener Forst der Stadt Bad Wimpfen das größte zusammenhängende Waldgebiet darstellt. Gut 20 Prozent der Waldflächen auf der Gemarkung umfassen kleinere Distrikte, die zur Bewirtschaftung schwer zugänglich sind.

In den nächsten zwei Jahrzehnten wird die Waldnutzung hauptsächlich bei den Durchforstungsbeständen erfolgen. Die Altbestandnutzung wird hinten angestellt. Im Bereich des Mühlwaldes, im Bürgerwald und in der Hardt haben sich die Bestände ganz hervorragend entwickelt und sind zu ansehnlichen Dimensionen herangewachsen. Grund hierfür war die gehörige Aufbauleistung, die in den 90er Jahren durch die Forstleute notwendig war.

Anhand einer Folie zeigt er die Entwicklung des Holzeinschlags im Stadtwald Neckarbischofsheim seit dem Jahr 1984 auf. Im Vergleich zu den ersten Aufzeichnungen aus dem Jahre 1850 (1000 Fm/jährlich) ist der Holzeinschlag um fast das Doppelte (1900 Fm/jährlich) angewachsen. Durch die sehr gute Aufbauleistung der Forstleute in den letzten Jahrzehnten hat sich der Holzvorrat im Gemeindewald verdreifacht, so dass der Stadtwald Neckarbischofsheim auch finanziell ordentliche Zahlen abliefern kann.

Forstbezirksleiter Dr. Klebes verweist danach auf die Folie über die Entwicklung des Betriebsergebnisses und des Einschlags im Stadtwald Neckarbischofsheim und führt weiter aus, dass zu Beginn des Jahres 2010 nicht ganz sicher war, wie sich die Marktlage entwickeln wird. Nunmehr hat sich der Holzmarkt von Monat zu Monat stabilisiert, so dass 2010 der Holzeinschlag mengenmäßig erhöht werden konnte, was wiederum dazu führte, dass das Finanzergebnis einen leichten Überschuss ausweist. Mehreinnahmen könnten für das Jahr 2010 dahingehend erfolgen wenn sicher ist, was bis zum Jahresende noch in das laufende Jahr eingebucht werden kann. Allerdings gleicht sich das Ergebnis dann über die längeren Perioden wieder aus.

Zum Forstwirtschaftsjahr 2010 führt Dr. Klebes noch aus, dass die Witterung über das Jahr günstig verlaufen ist, und man nur zwei trockenheiße Wochen im Sommer zu überstehen hatte. Auch bei der Käfernutzung sind kaum Probleme zu vermelden. Wegen dem trockenen Wetter im April sind einige Ausfälle bei den Kulturen entstanden, die im Jahr 2011 ausgeglichen werden sollen.

Für das Forstwirtschaftsjahr 2011 sieht die Forstverwaltung relativ guten Werten entgegen. So erwartet der Forstbezirksleiter in den kommenden Wochen einen positiven Absatz des Holzes aus dem Stadtwald. Unter anderem kann bis zu 30 Prozent mehr Fichtenholz abgesetzt werden. Auch andere Nadelsortimente werden derzeit in der Zellstoff- und Spanplattenindustrie sehr lebhaft nachgefragt. Im Moment sind die Abschlüsse mit der Industrie mit 40 Prozent ebenfalls hoch. Das Hauptsortiment aus dem Stadtwald, das Buchenstammholz läuft derzeit nicht absolut rund, weshalb man sich bei der Vermarktung schwer tut. Allerdings sind die allgemeinen Rahmenbedingungen auf dem Holzmarkt stabiler als im vergangenen Jahr.

Dem Gemeinderat wird von Seiten der Forstverwaltung vorgeschlagen, dem vorgelegten Hiebs- und Kulturplan für das Forstwirtschaftsjahr 2011 zuzustimmen.

Revierleiter Tobias Dörre erläutert ausführlich, wo im Jahr 2011 der Holzeinschlag (Mühlwald beim Kryxenbergweg, Abteilung 4, Hardt am Steilhang) stattfinden wird. Hier wird es dann auch genügend Brennholz und Schlagraum für die Holzwerber geben. Im Bereich der Hardt muss für den Holzeinschlag eine Straßensperrung vorgenommen werden. Im Bereich des Steinigten Bergwaldes (kompletter Bereich um den Spielplatz) erfolgt ein Altholztrieb (alteichen, Buchennutzung), so dass auch dort eine Absperrung erfolgt. Auch in diesem Bereich wird für die Holzwerber Schlagraum anfallen. Um die Anfragen aus der Bevölkerung abdecken zu können, wird Revierleiter Dörre auch aus dem Staatswald Holz herausgeben.

Zur Kulturpflege teilt Revierleiter Dörre mit, dass durch die sehr trockene Witterung im April die frisch gepflanzten Kulturen im Laufe des Sommers ausgefallen sind, so dass im nächsten Jahr nochmals 1000 Douglasien nachgepflanzt werden, um die Fläche nachzubessern. In der Hardtspitze wird eine Wegebaumaßnahme erfolgen, um die dortigen Steilhänge zu erschließen, damit hier eine bessere Abfuhr des Holzes erfolgen kann. Des Weiteren stehen Maßnahmen zur Jungbestandspflege im Gemeindewald an.

Bürgermeister Vogt verweist anschließend auf das Schreiben des Forstbezirks Kraichgau, in welchem die neue Preisfestsetzung für das Polterholz (Industrieholz) von bisher 48,00 € auf 50,00 €/Festmeter vorgeschlagen wird. Er stellt weiter fest, dass im Rheintal bereits höhere Preise für das Industrieholz verlangt werden. Nachdem es sich bei dem Holz um gute Qualität an gut zugänglichen Wegen handelt, bittet er darum, der Preisfestsetzung festzustellen. Ohnehin wird minder zu bewertendes Holz, das auch schlechter abgefahren werden kann, mit einem entsprechenden Abschlag versehen.

Stadtrat Walter Freudenberger spricht sich gegen die Preiserhöhung aus, da er nicht einseht, dass Neckarbischofsheim der Vorreiter für andere Gemeinden sein soll.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass der Preisvorschlag an alle Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis gegangen ist und die Gemeinde Zuzenhausen dieser Tage die Erhöhung bereits beschlossen hat. Im Übrigen findet er es nicht in Ordnung, jedes Jahr diese mühselige Diskussion wegen der Preiserhöhung führen zu müssen weshalb er den Gemeinderat darum bittet, die Verwaltung künftig zu beauftragen, dem Vorschlag des Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Forstbezirk Kraichgau, für die jährliche Preisfestlegung folgen zu können.

Bürgermeister Vogt bittet Forstbezirksleiter Dr. Klebes um Auskunft, ob die Medienberichte stimmen, dass die Trockenperioden und die klimatischen Veränderungen der Baumbestand leidet und ob dies für unsere Region ebenfalls gilt.

Dr. Klebes führt aus, dass dies ein zentrales Thema für alle Wälder im Land Baden-Württemberg darstellt. Vor allem die Lärche und die Fichte sind hier besonders betroffen, da nachgewiesen werden konnte, dass Baumarten, die nicht in der angestammten Region vorkommen, größere Probleme haben. Vor allem in den Jahren 2003 bis 2006 erfolgten größere Schäden im Fichtenbestand im Bereich des Kryxenberg. Der Kraichgau wird sich deshalb, auch auf guten Standorten, von der Fichte verabschieden müssen. Von der Buche weiß man aber, dass diese einen breiten und klimaambituten Standort hat und auch weiterhin die nächste Waldbaumgeneration bleibt. Auch die Eiche steht im Bezug auf das Klima weiterhin an vorderer Stelle.

Stadträtin Karin Bender bittet um Auskunft, ob die Stadt Neckarbischofsheim die große Anfrage nach Brennholz weiterhin abdecken kann.

Revierleiter Tobias Dörre führt aus, dass die große Nachfrage komplett aus dem Kommunalwald abgedeckt werden könnte. Allerdings eignet sich der Altbestand nicht gut zum Holz machen, da die Bäume einen zu großen Durchmesser (zirka 50 cm und mehr) haben, weshalb auch Holz aus dem Staatswald verwendet wird, um den Holzbedarf zu decken. Problematischer sieht es beim Schlagraum aus, wenn nicht so viel Holz anfällt. Hier müsste es dann eventuell zu einer Versteigerung (wie bereits in anderen Gemeinden praktiziert) kommen. Die Bürger haben aber während der wöchentlichen Sprechstunden die Möglichkeit, Wünsche an den Revierleiter zu richten, die er versucht zu erfüllen.

Forstbezirksleiter Dr. Klebes ergänzt, dass das Brennholz im Stadtwald erst dann anfällt, wenn das Industrieholz eingeschlagen ist. Danach steht der Rest dem Brennholzmarkt zur Verfügung. Für die kommende Saison sieht er keine Probleme bei der Vermarktung des Holzes.

Bürgermeister Vogt sieht das geplante Ergebnis für das Forstwirtschaftsjahr sehr erfreulich und stellt fest, dass die Stadt Neckarbischofsheim seit Jahren einen positiven Hiebs- und Kulturplan verabschieden kann. Er bedankt sich in diesem Zusammenhang bei den beiden Forstleuten für deren fachkompetente Arbeit in den städtischen Waldungen und dass sie immer ein offenes Ohr für den Stadtwald haben

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Hiebs- und Kulturplan für das Forstwirtschaftsjahr 2011 zu.

**Abstimmung: 14 Ja**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung des Industrie-Polterholzes für das Jahr 2011 auf 50,00 €/Festmeter zu.

**Abstimmung: 13 Ja 1 Nein**

### **03. Haushalt 2010**

#### **hier: Informationen zum derzeitigen Stand der finanziellen Lage**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die Verwaltung gerne einen Nachtragsplan für das Haushaltsjahr 2010 dem Gemeinderat vorgelegt hätte. Durch die fehlerhafte Berechnung der Kreisumlage und die Steuerausfälle können derzeit rund 500.000,00 € nicht ausgeglichen werden. Ein Haushaltsausgleich könnte nur durch erhöhte Kreditaufnahmen erfolgen, die die Stadt Neckarbischofsheim jedoch nicht vom Kommunalrechtsamt genehmigt bekommt. Wegen der derzeitigen finanziellen Situation steht die Verwaltung mit der Rechtsaufsichtsbehörde in ständigem Kontakt. Auch anderen Kommunen wird es im Jahr 2010 ähnlich ergehen wie Neckarbischofsheim, nämlich dass sie ihren Haushalt nicht ausgleichen können. Nachdem die Konjunktur wieder anzieht bleibt die Hoffnung, dass die Stadt Neckarbischofsheim den entstandenen Fehlbetrag in den nächsten Jahren wieder abdecken kann. Des Weiteren muss abgewartet werden, ob durch eventuelle Einsparungen bei den derzeitigen Baumaßnahmen der Fehlbetrag bei der oben erwähnten halben Million Euro verbleibt.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Mitteilung ob nachvollzogen werden kann, wie der Fehlbetrag bei der Kreisumlage zustande gekommen ist.

Zentralstellenleiter Harry Hack teilt mit, dass es sich um „menschliches Versagen“ handelt, da der Betrag für die Kreisumlage falsch aus dem Haushaltsplanentwurf übernommen wurde. Für diese Tatsache entschuldigt er sich beim Gemeinderat.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass die Einwohnerzahl in Neckarbischofsheim sehr stark zurückgegangen ist und derzeit nur noch 3.830 Einwohner beträgt. Er bittet um Auskunft, wie dieser Rückgang zustande kommt, da nach seinen Ermittlungen sich die Geburten mit den Sterbefällen die Waage halten und auch im Eichertstal kräftig gebaut wird. Im Übrigen geht durch den Rückgang der Einwohnerzahl auch der Einkommensteueranteil gewaltig zurück.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass zur Zeit ein ständiger Wechsel in der Einwohnerschaft erfolgt. Auch das Geburtendefizit macht sich stark bemerkbar. Im Kollegenkreis der Bürgermeister wurde über die Problematik ebenfalls diskutiert wobei momentan beobachtet werden kann, dass die Menschen wieder näher an ihren Arbeitsplatz ziehen. Seit vielen Jahren hat die Region das Problem, viele Arbeitsplätze verloren zu haben. In Neckarbischofsheim war dies bei der Fa. Schilling & Reitter und der Quarzverarbeitenden Industrie zu spüren. Helmstadt-Bargen hat Verluste an Arbeitsplätzen bei der Fa. MWH und Reichartshausen bei der Fa. Mannschott hinzunehmen. Im Moment ziehen die Menschen, die in Nachbargemeinden arbeiten auch dort eher hin, da sie hier auf ein weiteres Fahrzeug verzichten können. Auch die größeren Städte nehmen den Umlandgemeinden viele Einwohner weg. Verstärkt wird dies noch zusätzlich durch den demographischen Faktor. Seiner Meinung nach gelingt es Neckarbischofsheim auch nicht, durch das Neubaugebiet „Eichertstal“ den Bestand an Einwohnern zu halten. Die geringe Einwohnerzahl ist derzeit in allen Finanzbereichen, sei es bei der Einkommensteuer oder den Finanzzuweisungen zu spüren, die die wichtigsten Einnahmen des städtischen Haushalts darstellen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek fragt nach, ob man bereits die Höhe der eingesparten Bauausgaben, wie in der Vorlage erwähnt, planen kann.

Bürgermeister Vogt verneint dies, stellt aber fest, dass alle Baumaßnahmen die begonnen wurden (Obere Turmstraße, Forststraße, Park- und Ride) bei den Ausschreibungsergebnissen geringere Preise erzielt wurden als im Haushalt eingeplant waren. Wie hoch die Bauausgaben für die einzelnen Maßnahmen dann tatsächlich sind, kann erst anhand der Schlussrechnungen ermittelt werden. Außerplanmäßig waren auf jeden Fall die Anschaffung des neuen Salzstreuers und des Räumschildes für den Winterdienst.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

#### **04. Einführung der gesplitteten Abwassergebühr**

##### **a) Abstimmung über die weitere Vorgehensweise**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass er sich in der heutigen Sitzung über die weitere Vorgehensweise zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr abstimmen möchte.

In der letzten Gemeinderatssitzung Ende Juli wurde dem Gemeinderat von Dr. Neureither vom Vermessungsbüro Kieser & Dr. Neureither die Möglichkeiten aufgezeigt, wie man aus den Planunterlagen die wichtigsten Daten für die Veranlagung der Grundstücke über ein Computerprogramm herausziehen kann. Zu Beginn des Versuchs war das Vermessungsbüro noch zuversichtlich, die notwendigen Daten zu erhalten, mittlerweile wurde der Versuch ohne positives Ergebnis abgebrochen, nachdem noch viele manuelle Arbeiten durchzuführen waren. Im Gegensatz zur bisherigen Vermutung, dass eine Luftbefliegung Kosten in Höhe von 10.000,00 € verursacht hat das Landesvermessungsamt den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg nun eine allgemeine Befliegung für das Jahr 2011 angeboten. Die Kosten für die Befliegung der Gesamtgemarkung von Neckarbischofsheim (einschließlich der Stadtteile) betragen lediglich 1.400,00 €. Hierbei erhält die Stadt Neckarbischofsheim Luftbilddaten mit einer Auflösung von 10 cm/m<sup>2</sup>. Die neuen Daten sind um eines besser (bisher 50 bis 60 cm/m<sup>2</sup>, um die versiegelten Flächen ausrechnen zu können.

Die Verwaltung hat aus diesem Grund, wie auch die umliegenden Gemeinden, die Luftbilddaten für das Jahr 2011 beim Landesvermessungsamt bestellt, um diese im Sommer 2011 dem noch zu beauftragenden Ingenieurbüro zur Verfügung stellen zu können. Das Ingenieurbüro wird dann alle notwendigen Informationen für die einzelnen Grundstücke erstellen, um diese dann den Grundstückseigentümern zuzuleiten, die wiederum ihre Daten begutachten können und mitzuteilen haben, wohin sie ihre versiegelten Flächen entwässern (Garten oder Kanalnetz). Außerdem kann über die Luftbilder erkannt werden, ob Flächen bituminiert oder gepflastert sind. Danach hat die Verwaltung wieder verlässliche Grundlagen, mit denen die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr weiterbearbeitet werden kann.

Angedacht ist auch, die Bevölkerung in Bürgerinformationsveranstaltungen in allen Stadtteilen wegen der neuen Rechtsprechung zu informieren, damit diese wissen, was künftig an Kosten auf sie zu kommt.

In der letzten Woche fand zudem ein Gespräch beim Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach statt, die im Auftrag der Stadt Neckarbischofsheim das Abwasser mit dem Wasser abrechnet, um eine weitere Detailabstimmung vorzunehmen. Nachdem der VGH Mannheim die derzeitige Abwassersatzung für nichtig erklärt hat, darf die Stadt Neckarbischofsheim den dort festgesetzten Gebührensatz nicht erheben. Somit kann zum Ende des Jahres 2010 auch das Abwasser nicht abgerechnet werden. Die Abrechnung des Wasserzinses wird von der Mühlbachgruppe wie üblich vorgenommen, und für das Abwasser wird ein 4. Abschlag erhoben. Wenn die rechtskräftige Satzung, voraussichtlich im 1. Quartal 2012 vorliegt, werden die Jahre 2010 und 2011 rückwirkend abgerechnet. Sicherlich wird es bei der gesplitteten Abwassergebühr zu Verschiebungen bei den Gebühren auf einzelnen Grundstücken kommen. Dies kann die Stadt Neckarbischofsheim jedoch nicht beeinflussen.

Im Kreis der BM-Kollegen des GVV Waibstadt hat man sich unterhalten, beim Vermessungsbüro Kieser & Dr. Neureither anzufragen ob die Möglichkeit besteht, wenn alle sechs Verbandsgemeinden zu den gleichen Kriterien die Angelegenheit abwickeln, es zu günstigeren Konditionen kommt. Bürgermeister Vogt ist zuversichtlich, dass die Stadt Neckarbischofsheim dadurch bei den Kosten ein wenig besser wegkommt. Das vorliegende Angebot des Vermessungsbüros Kieser & Dr. Neureither zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr beträgt zirka 20.000,00 €. Weitere Kosten kommen für die Gebührenkalkulation durch ein Beratungsbüro und durch eigenen Arbeiten, die durch die Verwaltung zu erledigen sind, hinzu.

Stadtrat Hans Peter Jelinek verweist auf die letzte Gemeinderatssitzung und die umfassenden Informationen durch Dr. Neureither. Er stellt fest, dass das technisch komplizierte Verfahren nicht funktioniert und die Luftbildauswertung beauftragt wurde. Über das einfache Verfahren, die vorhandenen ALK-Daten zu nehmen und durch kleine Hilfestellungen die Bürger die Daten selbst erheben zu lassen, was für ihn die günstigste Methode darstellt, wurde noch nicht diskutiert. Er fragt an, weshalb diese Methode nunmehr auch ausgeschieden ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die dritte Variante auf den ersten Blick die günstigste Variante darstellt, hierzu allerdings auch Daten benötigt werden. Im Übrigen ist die Verwaltung auf die große Unterstützung der Bürger angewiesen, die ihre Flächen selbst vermessen müssen und dies sicherlich einen großen Aufwand bei der Beratung darstellt. Unter dem Strich werden sich die Kosten nicht groß unterscheiden. Bei der Beauftragung eines Vermessungsbüros sind die Daten sicherlich schneller zu ermitteln, da viele technisch versierte Leute benötigt werden, um die Bürger zu unterstützen. Bei der Befliegung erhält die Stadt eine detaillierte Arbeitsgrundlage, die bei der Aufnahme der Grundstücke mehr weiterhilft als die nackten Daten aus dem Lageplan. Aus diesem Grund haben sich die Bürgermeisterkollegen des GVV Waibstadt darauf verständigt, die Luftbildauswertung anzugehen. Die Gemeinden im Kreis Heilbronn verfahren so, wie Stadtrat Jelinek die Aufnahme der Daten favorisiert.

Stadtrat Jelinek ist der Meinung, dass die Aufgabe durch die Verwaltung gelöst werden kann, wenn eine andere Priorität der Aufgabenverteilung erfolgt.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass in Teilbereichen ohne das Hinzuziehen eines Ingenieurbüros die Aufgabenstellung nicht alleine durchgeführt werden kann. Im Übrigen müssen die Daten später auch fortgeschrieben und Bescheide erstellt werden. Bei der digitalen Lösung kann eine Bearbeitung über die EDV erfolgen, weshalb er Vorteile gegenüber dem analogen Zugriff auf die Daten sieht.

Stadtrat Hans Peter Jelinek möchte vor dem Beschluss über eine Vergabe an ein Ingenieurbüro abwarten, ob der GVV Waibstadt bei einem Zusammenschluss günstigere Konditionen erhält. Des Weiteren bittet er Bürgermeister Vogt darum, im Vorgriff auf TOP 8 der Tagesordnung, das Thema Informationen zur Gesplitteten Abwassergebühr auch in der Verbandversammlung aufzunehmen.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass er spätestens im Dezember 2010 den Auftrag an das Ingenieurbüro vergeben möchte. Zudem wird er die Anregung von Stadtrat Jelinek wegen der Informationen zur Gesplitteten Abwassergebühr an den Verbandsvorsitzenden weiterleiten.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

## **05. Lebensmittelmärkte in Neckarbischofsheim hier: Informationen zum derzeitigen Stand**

Bürgermeister Vogt stellt mit großem Bedauern fest, dass der Lebensmittelmarkt „Treff 3000“ geschlossen hat und für diesen Markt kein Nachfolger präsentiert werden kann. Die Lebensmittelmärkte beschäftigen den Gemeinderat als so genannten „Dauerbrenner“ schon seit dem Jahre 2007. Zumindest eines hat die Stadt in dieser Zeit geschafft, nämlich dass der Discounter „Netto“ vergrößert wurde. Dennoch haben weder die Firmen REWE noch EDEKA ihr Versprechen gehalten, den zweiten Markt weiter zu betreiben.

Aus diesem Grund hat Bürgermeister Vogt zu Beginn des Jahres nochmals den Vorstoß bei EDEKA unternommen, nachdem er wusste, dass der Vertrag mit dem Grundstückseigentümer zum Ende des Jahres 2010 ausläuft, um einen Weiterbetrieb zu gewährleisten. Von EDEKA erhielt er schon damals die Mitteilung, dass der Markt in Neckarbischofsheim auf jeden Fall geschlossen wird. Die Fa. EDEKA hat Bürgermeister Vogt damals auch unmissverständlich klargemacht, dass sie jedem privaten Betreiber davon abraten werden, den Markt in Neckarbischofsheim zu übernehmen.

Mit dem Eigentümer des Grundstücks wurde daraufhin fernmündlich besprochen, dass nunmehr mit der Lebensmittelkette PENNY in Verhandlung getreten wird, damit diese eventuell den frei werdenden Markt übernehmen. Wie die Verhandlungen derzeit gelaufen sind, kann Bürgermeister Vogt nicht mitteilen. Sollten jedoch die Verhandlungen konkreter werden ist Bürgermeister Vogt jederzeit bereit, mit dem neuen Betreiber auch über die Erweiterung im Rahmen des Landessanierungsprogramms zu sprechen.

Des Weiteren erfolgt am Freitag, 15. Oktober 2010 ein Gespräch mit dem Einzelhandelsverband und der IHK, wie mit dem Lebensmittelhandel in der Gemeindegröße von Neckarbischofsheim weiter umgegangen werden kann. Am Montag, 18. Oktober 2010 wird sich Bürgermeister Vogt in Mannheim die Vorstellung der derzeitigen Kaufkraftströme bei der IHK anhören. Momentan ist er guter Hoffnung, dass die Verhandlungen mit PENNY von Erfolg gekrönt sind.

Stadtrat Georg Zwölfer führt aus, dass der Lebensmittelmarkt NETTO soweit in Ordnung ist. Ein zweiter, deckungsgleicher Markt nach Neckarbischofsheim zu bringen wäre nicht so geschickt, da es auch hier keine Frischeabteilung für Fleisch und Käse gibt. Nachdem es im Naturkostladen „Löwenzahn“ eine sehr gute Käsetheke gibt sollte die Stadtverwaltung es forcieren, wieder eine Metzgerei im Ort anzusiedeln. Aktuell befahren die Metzgereien Baumeister und Hess den Ort, nachdem die Metzgerei Roth geschlossen hat. In der Gemeinde Hüffenhardt hat sich nun ein junger Metzger neu angesiedelt, der zuvor bei der Metzgerei Gollerthan gearbeitet hat. Für Stadtrat Zwölfer wäre deshalb der effektivere Weg, zuerst nach einer neuen Metzgerei Ausschau zu halten, da hier ein größeres Interesse der Bürgerschaft besteht.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass er bereits mit mehreren Metzgereien gesprochen hat, es sich aber nicht so einfach darstellt, in den vorhandenen Lebensmittelmarkt eine Filiale einzubringen, da die Stadt Neckarbischofsheim hier nur als Vermittler gegenüber dem Grundstückseigentümer und dem künftigen Betreiber des Lebensmittelmarktes auftreten kann. Eine Option, über die der Gemeinderat noch diskutieren müsste ist, dass die Stadt Neckarbischofsheim das Gebäude erwirbt und selbst vermarktet. Sicherlich könnten die Lebensmittelketten mit der vorhandenen Fläche gut operieren. Für die Fa. EDEKA ist Neckarbischofsheim ein Stück „verbrannte Erde“. Sicherlich wurden hier auch handwerkliche Fehler gemacht, allerdings bekommt die Verwaltung immer nur die Ergebnisse präsentiert. Bürgermeister Vogt wäre daran gelegen, dass wieder eine Belegung des freien Gebäudes erfolgt, so dass im die Fa. PENNY lieber ist als gar keine Lebensmittelkette.

Stadtrat Georg Zwölfer stellt fest, dass alle umliegenden Ortschaften eine Metzgerei beheimaten haben, die einen Namen haben. Für die hier lebenden Menschen ist dies ein zentraler Punkt, auch wieder einen Metzgereibetrieb hier in der Stadt ansiedeln zu können.

Bürgermeister Vogt stimmt Stadtrat Zwölfer zu und führt aus, dass eine Metzgerei in Neckarbischofsheim sicherlich gut leben könnte, aber die Entscheidung hierüber treffen letztendlich andere Leute.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt an, ob die Gerüchte stimmen, dass auch die Schlecker-Filialen in Neckarbischofsheim und in Waibstadt schließen werden.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass ihm von einer Schließung offiziell nichts bekannt ist, sich die Firmenpolitik bei dem Konzern allerdings komplett geändert hat.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

## **06. Landessanierungsprogramm „Von-Hindenburg-Straße“ hier: Satzungserweiterung**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass das Konzept des Hochwasserzweckverbands zur Änderung des Verlaufs des Rosenbachs schon eine ganze Zeit die Stadt Neckarbischofsheim beschäftigt. In der nächsten Woche wird ein Termin mit dem Wasserwirtschaftsamt erfolgen, bei dem die Maßnahme im Detail begutachtet werden soll. Betroffen ist hierbei auch die Brücke in der Sinsheimer Straße und der Weg entlang des Schlossparks, der für Bürgermeister Vogt als letzter Bereich zur Neugestaltung des Schlossparks und im Zusammenhang mit der Baugebietserweiterung im Bitzweg noch verbleibt. Aus hochwassertechnischer Sicht muss der Rosenbach weiterhin unterhalb der Brücke verlaufen. Der weitere Verlauf muss im Sinne des Hochwasserschutzes bearbeitet werden. Das Landessanierungsprogramm hat der Stadt Neckarbischofsheim bereits sehr geholfen, was den Bereich im Schlosspark betrifft. Noch nicht geklärt ist die Zuschussung aus dem LSP, wenn Maßnahmen des Hochwasserschutzes darin kombiniert werden, da hier keine Förderung aus dem LSP erfolgt.

Bürgermeister Vogt schlägt trotzdem vor, das Gebiet des Landessanierungsprogramms wie im Plan gekennzeichnet zu erweitern.

Stadtrat Hans Peter Jelinek ist bisher davon ausgegangen, dass aus dem Hochwasserschutz für die geplanten Maßnahmen keine Mittel mehr bereitgestellt werden. Sollte dies dennoch sein, dann wäre dies eine positive Mitteilung. Auch er stellt sich die Frage, ob hier eine Förderkonkurrenz zum LSP vorliegt.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Verlegung des Rosenbachs und der Austausch des vorhandenen Weges den Hochwasserschutz nicht interessiert, so dass sich die Sanierung der Brücke (Hochwasserschutzmaßnahme) und die Rosenbachverlegung ergänzen würden. Stadträtin Karin Bender führt aus, dass sich der Hochwasserzweckverband damals wegen der Sanierung der Brücke sehr bedeckt gehalten hat.

Bürgermeister Vogt erklärt, dass der HZV sich insofern bedeckt hielt, als er diese Maßnahme hätte aus eigener Tasche zahlen müssen. Nachdem die Stadt Neckarbischofsheim noch in der Hinterhand die Ausgleichsmaßnahmen für andere Becken hat, könnte dies als eigene Maßnahme durchgeführt. Die Hochwasserschutzmaßnahmen sind auf jeden Fall über den HZV abzurechnen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Satzung zur Änderung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Von-Hindenburg-Straße“ vom 10.05.2005 zu. Ebenso wird die Frist gem. § 142 Abs. 3 BauGB, in der die Sanierung durchgeführt werden soll, vorläufig bis zum 31.12.2012 festgelegt.

**Abstimmung: 14 Ja**

### **07. Schulzentrum in Neckarbischofsheim**

#### **hier: Überdachung des Kleinspielfeldes am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium**

Bürgermeister Vogt verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und stellt klar, dass es sich bei dem Kleinspielfeld um den Tartanplatz hinter dem Adolf-Schmitthenner-Gymnasium handelt. Das DFB-Minispielplatz befindet sich hinter der Turnhalle des ASG.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass bei einem Termin zur Hallenbadsanierung durch den Architekten Martin Oszter darüber berichtet wurde, dass dieser für ein Autohaus eine komplette Hofüberdachung plant, die sich durch die Installation einer Solaranlage finanziert. Damals wurde dieser Gedanke nicht weiterverfolgt. Nachdem nun die Fa. Graeff, Mannheim, eine Werbebroschüre der Stadt Neckarbischofsheim übersandt hat, wurde der Gedanke zur Überdachung und des Kleinspielfeldes am ASG und Finanzierung über die Solaranlageninstallation wieder aufgenommen. Der dort erzeugte Strom könnte zunächst im Schulzentrum selbst verbraucht, und der überschüssige Strom in das Netz eingespeist werden. Dieses grobe Konzept der Verwaltung darf man nun nicht nur wegen der Photovoltaikanlage sehen, sondern auch in dem Zusammenhang, dass die Schule schon seit Jahren über eine angespannte Situation im Bereich des Schulsports verfügt. Das städtische Hallenbad, das der Schule als Sportstätte zur Verfügung steht, wird aufgrund der unterschiedlichen Sportanforderungen des ASG nur wenig in Anspruch genommen. Die Schulleitung hat sich bereits positiv zu dem groben Konzept geäußert, da in der Übergangszeit Herbst/Winter in einer geschützten Sportstätte der Unterricht erfolgen könnte.

Ein weiterer Aspekt ist, dass vor allem die SG Untergimpfern Probleme hat, im Winter einen geordneten Trainingsbetrieb gewährleisten zu können. Nachdem in Untergimpfern keine Kapazitäten bereitgestellt werden können und auch im Schulzentrum die Ausweitung des Sportbetriebs in den vorhandenen Hallen nicht möglich ist, würde hier eine Verbesserung für die Sporttreibenden Vereine entstehen.

Die Überdachung des Kleinspielfeldes und die Photovoltaikanlage müssten über eine Kreditaufnahme finanziert werden. Aus dem Erlös für die Einspeisung des Stroms und der Einsparung des Stroms am Schulzentrum (Ausgabensparnis im Verwaltungshaushalt) könnte sich die gesamte Anlage in den nächsten 20 Jahren selbst finanzieren. Aus dem städtischen Haushalt wären somit keine Mittel notwendig, um die Zins- und Tilgungsraten zu begleichen. Außerdem würde diese Anlage der Umwelt dienen, da zirka 48 Tonnen CO<sup>2</sup> eingespart werden können.



Bevor die Verwaltung viel Arbeit in die Weiterverfolgung des angedachten Konzepts steckt muss diese vom Gemeinderat wissen, ob man in diese Richtung weiterarbeiten kann. Zum einen ist die Baugenehmigung mit dem Baurechtsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis abzuklären, zum anderen mit der EnBW wegen der Einspeisungsvergütung und der Verwendung des Stroms im Schulzentrum zu verhandeln. Des Weiteren ist auch die Ausschreibung abzuklären und mit dem Kommunalrechtsamt die Genehmigung der Kreditaufnahme zu besprechen. Der Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt hat bereits in seiner letzten öffentlichen Sitzung sich dafür ausgesprochen dem Gemeinderat zu empfehlen, das Konzept weiter zu betreiben.

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach, ob bereits eine Kostenschätzung für die Halle erfolgt ist oder es bereits solche bestehende Hallenbauten mit Photovoltaikanlagen gibt. Des Weiteren möchte er wissen, welche Stromersparnis möglich ist und welche Vergütung für die Stromspeisung erfolgt und verweist darauf, dass im Sommerhalbjahr mehr Strom produziert wird als im Winterhalbjahr.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass bisher nur ein grobes Angebot eines Hallenbauers vorliegt. Bürgermeister Vogt ergänzt, dass die gestellten Fragen auch die Verwaltung beschäftigen, wobei bereits mit einem Elektriker die Angelegenheit vorbesprochen wurde. Bei der Stromersparnis wurde vom derzeitigen Stromverbrauch ausgegangen.

Stadtrat Rüdiger Knapp bemerkt, dass der Strompreis Jahr für Jahr einer Erhöhung von zwei bis vier Cent unterliegt.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, ob in den Gesamtkosten auch Beschädigungen am Dach oder an der Anlage mit berücksichtigt sind.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es hierzu entsprechende Versicherungen gibt. Der Hinweis von Stadtrat Gerold Rossel, eine diebstahlsichere Verschraubung der Anlage vorzunehmen, wurde bereits aufgenommen. Für den Austausch der Wechselrichter werden ebenfalls entsprechende Beträge eingeplant.

Stadtrat Georg Zwölfer findet das vorgestellte Konzept nicht uninteressant, kann allerdings mit den vorgelegten Zahlen nicht viel anfangen.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Zahlen von der Verwaltung nochmals aufgearbeitet werden. Insbesondere werden die Gesamtkosten dargestellt und die Erträge aufgearbeitet sowie die Bedienung der Kredite dem gegenübergestellt.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, dass die Maßnahme zu groß für die Stadt Neckarbischofsheim ist. Außerdem hat die Stadt einen sehr hohen Schuldenstand und die Finanzierung der Anlage erscheint ihm zu lang, weshalb die ganze Angelegenheit zu unausgewogen ist. Seiner Ansicht nach sollte zunächst der Schotterplatz hinter dem Rathaus angegangen werden, weshalb er darum bittet, die Sanierung des Platzes über das Landessanierungsprogramm anzugehen.

Bürgermeister Vogt nimmt die Anregung wegen der Sanierung des Rathausplatzes auf, der in der Verwaltung ohnehin bereits in der Diskussion steht. Allerdings gibt er zu Bedenken, dass die Stadt Neckarbischofsheim hier einen entsprechenden Mitteleinsatz bringen muss, demgegenüber steht die Maßnahme im Schulzentrum, die sich selbst finanziert.

Stadtrat Gerold Rossel verweist auf einen Artikel aus der Rhein-Neckar-Zeitung zur Heizanlage an der Rhein-Neckar-Arena in Sinsheim und hofft, dass die EnBW hier keine Beschränkung auferlegt, was die Einspeisung des Stroms in das Versorgungsnetz betrifft.

Stadtrat Rüdiger Knapp bemerkt, wenn sich die Maßnahme im Schulzentrum finanziell wirklich selbst trägt, warum das Land und der Kreis nicht auf ihre Gebäude auch solche Anlagen aufbringen. Seiner Ansicht nach muss hier ein Fehler im System sein.

Bürgermeister Vogt verweist auf die Gemeinde Reichartshausen, die bereits auf mehreren Gemeindegebäuden Photovoltaikanlagen installiert hat, die sich finanziell sehr gut tragen. Leider hat die Stadt Neckarbischofsheim in der Vergangenheit alle städtischen Dächer, insbesondere im Schulzentrum vermietet. Schon damals war man, wie heute, in einer wirtschaftlich schwierigen Situation und hat Privatleuten die Installation der Anlagen überlassen. Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass wenn die Maßnahme nicht jetzt angegangen wird, man in fünf Jahren sicherlich keine entsprechende Vergütung mehr erhält.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass sich die Stadt Neckarbischofsheim durch die Photovoltaikanlage auch ein Stück unabhängiger macht, was den Strombezug für das Schulzentrum betrifft.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm ergänzt, dass die Vergütung im Jahr 2011 nochmals geringer ausfallen wird und die Stadt Neckarbischofsheim dann wieder einmal hinterhinkt.

Stadtrat Hans Rossel bemerkt, dass wenn sich die Überdachung des Kleinspielfeldes nicht durch die Stromeinspeisung bzw. –einsparung rechnen würde, die Angelegenheit ohnehin kein Thema mehr sein dürfte.

Bürgermeister Vogt stellt zum Abschluss der Diskussion fest, dass die Verwaltung die eingegangenen Angebote mit „spitzer Feder“ rechnen wird und bittet den Gemeinderat darum, heute den Startschuss für die Weiterverfolgung des vorgeschlagenen Konzepts zu geben.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Überdachung des Kleinspielfeldes zu. Die Finanzierung dieser Überdachung hat über den Aufbau einer Solarstromanlage zu erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt die Rahmenbedingungen bezüglich der Finanzierung, Ausschreibung und Genehmigung durch das Landratsamt zu klären. Bevor der Gemeinderat seine Zustimmung zur Ausschreibung der Maßnahme erteilt ist er hierüber zu informieren.

**Abstimmung: 12 Ja 1 Nein 1 Enthaltung**

### **08. Beratung der Tagesordnung der Sitzung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt am 21.10.2010**

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es bei der 5. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes nur um formelle Beschlüsse geht, um das Planverfahren für die Erddeponie der Fa. Hauck in Helmstadt-Bargen vorantreiben zu können.

Zudem wird er den Verbandsvorsitzenden, Bürgermeister Eckert, darum bitten, Informationen zur geplanten Zusammenarbeit zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr in der Brunnenregion zu geben. Weitere Informationen werden vom Verbandsvorsitzenden zur derzeit geplanten Interkommunalen Zusammenarbeit (Personalwesen) erfolgen.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

### **09. Bekanntgaben**

#### Aufsichtsprüfung im Standesamt

Durch das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis erfolgt am 13. und 14. Oktober 2009 eine Prüfung des Standesamts Neckarbischofsheim. Im Prüfbericht, der mittlerweile vom Ordnungsamt des LRA eingegangen ist, wurden kleinere Hinweise bezüglich der Staatsangehörigkeitsprüfung bei Eheschließungen gegeben. Weder im Sterbe- noch im Geburtenregister haben die Prüfer Beanstandungen gehabt. Des Weiteren wurden alle Eheschließungen hervorragend abgewickelt, so dass keine ungültigen Ehen in Neckarbischofsheim im Prüfungszeitraum geschlossen wurden. Die Standesbeamtin Ilona Löffler ist sehr stolz auf den Prüfbericht, da sie darauf Wert legt, dass sie ihre Arbeit immer ordentlich erledigt. Aufgrund des sehr schwierigen Arbeitsbereichs im Standesamt wurde die Tätigkeit sehr ordentlich ausgeführt, so Bürgermeister Vogt.

#### Besuch Bundestagsabgeordneter Dr. Stefan Harbarth

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Stefan Harbarth wird die Stadt Neckarbischofsheim am Samstag, 16. Oktober 2010 um 11 Uhr besuchen. Treffpunkt ist am Rathaus. Danach wird das Schulzentrum, die Baumaßnahme in der Oberen Turmstraße sowie der Schlosspark besichtigt. Die Fraktionen werden gebeten, jeweils zwei Vertreter zum Besuch zu entsenden.

#### Besuch Landtagsabgeordnete Elke Brunnemer

Die Landtagsabgeordnete Elke Brunnemer wird die Stadt Neckarbischofsheim am Montag, 18. Oktober 2010 um 15 Uhr besuchen. Treffpunkt ist an der Katholischen Kirche in Untergimpfern. Thema des Besuchs wird die Aufnahme des Stadtteils Untergimpfern in das ELR-Programm, sowie der Radweg zwischen Untergimpfern und Obergimpfern sein. Die Stadträte aus Untergimpfern sind, wie jeweils ein Vertreter der Fraktionen, zu diesem Besuch eingeladen.

### Schlosspark Neckarbischofsheim

Bei einer Begehung im Schlosspark durch den Bauhofleiter Walter Fickel und Revierleiter Tobias Dörre wurde festgestellt, dass in den nächsten Tagen drei bis vier Bäume gefällt werden müssen. Für Ersatzpflanzungen wurden bereits einige Stellen ermittelt, die ebenfalls demnächst angegangen werden.

### Friedhof Neckarbischofsheim

Im Friedhof Neckarbischofsheim werden dieser Tage die Birkenbäume eingekürzt. Der Gemeinderat wird um Kenntnis gebeten.

### Schlossparkmauer entlang des Krebsbaches

Die Schlossparkmauer entlang des Krebsbaches ist stark einsturzgefährdet. Bei einer Begehung mit dem Baurechtsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis sowie mit dem Landesdenkmalamt wurde vereinbart, den Weg entlang des Krebsbaches sofort zu sperren. Derzeit wartet die Verwaltung auf die Antwort des Landesdenkmalamtes, wie die Sanierung der Schlossparkmauer erfolgen kann.

### Betrieb der Krebsbachtalbahn

Bei einem Gespräch in der letzten Woche beim VRN über den weiteren Betrieb der Krebsbachtalbahn waren alle Beteiligten sehr erfreut über die bisherige Entwicklung. Die Betriebskosten wurden vom Land Baden-Württemberg bezahlt, das anfangs Befürchtung hatte, nur „Luft in der Gegend herumzufahren“. Im Schnitt wurden pro Fahrtag (Sonntag) an die 250 Personen befördert. Ab dem nächsten Jahr wird ein anderes Fahrzeug im Schienenverkehr eingesetzt. Der „Rote Brummer“ wird dann durch den „Esslinger Schienenbus“ ersetzt. Es handelt sich hier um ein historisches Fahrzeug, das früher auf der Krebsbachtalbahn eingesetzt war. Der „Esslinger Schienenbus“ ist so groß wie der bisherige „Uerdinger“ mit Anhänger und wurde neu renoviert. Um Sprayattacken vorzubeugen bleibt das Fahrzeug nicht am Haltepunkt Neckarbischofsheim-Nord stehen, sondern wird in Hüffenhardt im dortigen Lokschuppen untergebracht. Dies bedeutet wiederum, dass es an den Sonntagen zwei Fahrten mehr geben wird, nämlich zuerst von Hüffenhardt nach Neckarbischofsheim-Nord und abends von Neckarbischofsheim-Nord nach Hüffenhardt. Das Land Baden-Württemberg wird auch im Jahr 2011 die Betriebskosten zahlen. Für die Stadt Neckarbischofsheim standen in diesem Jahr Kosten für die Unterhaltung der Infrastruktur in Höhe von 7.500,00 € auf dem Plan. Insgesamt wurden aber nur 1.300,00 € zur Errichtung der Fahrplankästen benötigt. Künftig ist durch die beteiligten Gemeinden vorgesehen, verstärkt um den Schienenverkehr auf der Krebsbachtalbahn zu werben.

### Öffentlicher Personennahverkehr

Zum Fahrplanwechsel am 12. Dezember 2010 wird im Linienbündel Sinsheim-Nord ein neuer Betreiber (Palatina BusGmbH) den Öffentlichen Personennahverkehr übernehmen. Im Rahmen der Fahrplanübernahme wurde vom VRN den Gemeinden mitgeteilt, dass nach der Kündigung des Ruftaxi-Verkehrs in Zukunft nach 21 Uhr von Sonntag bis Donnerstag keine Verbindung von Sinsheim nach Neckarbischofsheim und Helmstadt-Bargen mehr besteht, nachdem nur die Option für den Rufbusverkehr am Freitag und Samstag gezogen wurde. Zur Zeit untersucht der VRN die Häufigkeit des Rufbusverkehrs unter der Woche und wird dann seine Empfehlungen an die Gemeinden aussprechen, wie ein weiterer Ruftaxi-Betrieb sinnvoll wäre.

### Ehemalige Landwirtschaftsschule

Der Austausch der undichten Wasserleitungen in der ehemaligen Landwirtschaftsschule vor der Sommerpause hat Kosten in Höhe von zirka 18.000,00 € verursacht.

### Park- und Ride-Anlage S-Bahn-Halt Neckarbischofsheim-Nord

Die Arbeiten zur Markierung der Parkplätze an der Park- und Ride-Anlage an der S-Bahn-Haltestelle „Neckarbischofsheim-Nord“ werden am Mittwoch, 13.10.2010 durchgeführt. Mittlerweile sind auch die Fahrradboxen aufgestellt, so dass die Anlage nun fertig gestellt ist. Die Verwaltung wird hierüber noch einen Zeitungsartikel verfassen.

## Bekanntgabe von Beschlüssen aus der Sitzung des Ausschusses für Technik, Natur und Umwelt vom 05.10.2010

1. Dem Antrag auf Erweiterung eines bestehenden Freilagers; Befestigung der Hoffläche und Aufstellung von Regalsystemen auf den Grundstücken, Flst. Nrn. 14075, 14076, 11795, Auwiesen 4, 74924 Neckarbischofsheim wurde zugestimmt.
2. Dem Antrag auf Erstellung einer Garage mit Unterbau für Gartengeräte auf dem Grundstück, Flst. Nr. 14023, Amselstr. 17, 74924 Neckarbischofsheim-Helmhof wurde zugestimmt.
3. Dem Antrag auf Errichtung eines Carports auf dem Grundstück, Flst. Nr. 11047/2, Hölderlinstr. 20 b, 74924 Neckarbischofsheim wurde zugestimmt.
4. Der Vermietung von abschließbaren Fahrradboxen an der Park- und Ride-Anlage am S-Bahn-Haltepunkt Neckarbischofsheim-Nord wurde zugestimmt.

### **10. Anfragen des Gemeinderats**

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach dem Stand der Arbeiten an der Baustelle im Stadtteil Helmhof nach, weil derzeit keine Arbeiten erfolgen.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Baustelle deshalb ruht, weil die weiteren Arbeiten im Gleitschienenverbau erfolgen müssen. Die zuständige Baufirma hat aber diesen Verbau noch nicht geliefert bekommen.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt nach, ob die Wasserentnahme im Neubaugebiet „Eichertstal“ durch die Verwaltung geklärt wurde.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Bauwasserzins pauschal mit den Betroffenen abgerechnet wird.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, dass die SWEG wegen der Verkehrspflicht (Unterführung Flinsbacher Straße) nochmals aufgefordert werden muss zu prüfen, ob eine Verbesserung der Sichtverhältnisse durch den Abtrag der Verblendung erfolgen kann.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Verkehrssituation in diesem Bereich bekannt ist, und der Gemeinderat ebenfalls weiß, wie der Gehweg entstanden ist. Am Stützpfeiler kann nichts entfernt werden. Außerdem würde durch die Wegnahme der Verblendung (zirka 20 cm) keine Verbesserung an der Gehwegsituation erbringen. Nach Ansicht von Bürgermeister Vogt hat sich jeder Verkehrsteilnehmer nach der Straßenverkehrsordnung zu verhalten, so dass in diesem Bereich keine Unfälle erfolgen dürften. Trotzdem wird er nochmals auf die SWEG zugehen, um eine Verbesserung der Verkehrssituation zu erreichen.

Stadtrat Walter Freudenberger spricht sich dafür aus, die Schäden an den Feldwegen durch das Ausgießen der Grasnarben zu beseitigen, nachdem sich diese Vorgehensweise im Gewann „Altenberg“ bewährt hat.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der städtische Bauhof derzeit dabei ist, die Bankette fräsen zu lassen und auch einige Feldwege Stück für Stück reparieren wird.

Stadtrat Rüdiger Knapp erinnert sich daran, dass eigentlich im städtischen Bauhof im Monat Oktober hätte das Richtfest für das neue Sozialgebäude gefeiert werden sollen. Er fragt nach, wie derzeit der Stand der Arbeiten ist.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Stadt Neckarbischofsheim für diese Baumaßnahme Eigenleistungen erbringen wollte. Die Fa. Hauck ist nunmehr an die Verwaltung herangetreten mit der Bitte, die Arbeiten am neuen Sozialgebäude in die Wintermonate (Januar/Februar 2011) zu verschieben, da die Firma im Moment stark ausgelastet ist. Nachdem die Errichtung des Sozialgebäudes nicht dringend erforderlich ist, wird diesem Vorschlag der Fa. Hauck Holzbau GmbH stattgegeben.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass in das Thema „Familienfreundliche Neckarbischofsheim“ viel Geld und Zeit investiert wurde, und auch gute Vorschläge bei dem Thementag in der Schule eingegangen sind. Er bittet um Auskunft, ob hier die eingegangenen Vorschläge weiter verfolgt werden.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Verwaltung bereits einige Vorschläge angegangen ist, bspw. die Errichtung der Haltestellen in Untergimpfern und Helmhof, abgesenkte Bordsteine und eine Veränderung im Betreuungsangebot bei den Kleinkindern. An den weiteren Vorschlägen wird derzeit gearbeitet.

Stadtrat Georg Zwölfer stellt fest, dass die Ausweisung von Betreuungsangeboten für Kinder nicht mehr alleine von den Kommunen geschultert werden kann, weshalb er darum bittet den Kreistag zu ermuntern, dass auch in Baden-Württemberg eine neue Verteilung des Mitteleinsatzes zwischen Land, Kreis und Kommunen erfolgt. Er verweist hierzu auf ein Urteil aus einem anderen Bundesland.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass er das Urteil nicht kennt und stellt fest, dass es sich dann um vergleichbare Rechtsverhältnisse handeln muss. Zur Zeit besteht ein gravierendes Ungleichgewicht wegen der Kosten zwischen Land und Kommunen. Nachdem auch der Orientierungsplan noch nicht verbindlich umgesetzt wurde, können wegen der Kosten keine detaillierten Aussagen getroffen werden. Der Gemeinderat wird sich aber noch über die Thematik unterhalten, wenn entsprechende Ausführungen hierzu vom Land Baden-Württemberg erfolgt sind.

Stadtrat Hans Peter Jelinek teilt mit, dass er Jahreszeitbedingt Klagen wegen der geringen Öffnungstermine für den Reisisammelplatz erhalten hat. Er bittet deshalb die Verwaltung um Prüfung, ob weitere Sammeltermine an den folgenden Samstagen für die Bürgerinnen und Bürger erfolgen können. Seiner Ansicht nach wären wöchentlichen Termine sinnvoller.

Bürgermeister Vogt hält die monatlichen Termine für ausreichend. Der erste Sammeltermin findet am Samstag, 16. Oktober statt, weitere Termine sind im November und Dezember geplant. Witterungsbedingt kann der Januar wohl gestrichen werden, so dass weitere Termine dann im Frühjahr 2011 erfolgen. Im Übrigen ist der Aufwand zu sehen, der hier betrieben werden muss. Bisher waren die Termine, an denen der Reisisammelplatz geöffnet war, nicht überlastet, weshalb er die Anfrage nicht nachvollziehen kann.

## **11. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten**

Herr Walter Bender fragt nach, ob er als Besitzer eines Obstbaumgrundstücks im Wiesentalweges im Stadtteil Untergimpfern diesen Weg als Anlieger nicht mehr befahren darf, nachdem ihn ein ehemaliger Gemeinderat zur Anzeige bringen möchte.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass alle Grundstückseigentümer den Weg benutzen dürfen, wenn sie Anlieger sind. Auch eine Durchfahrt nach Untergimpfern ist hier möglich.

Herr Ralf Egler führt aus, dass der Wiesentalweg im Stadtteil Untergimpfern durch Hunde stark verkotet ist und bittet die Verwaltung die Hundehalter darauf hinzuweisen, dass diese den Hundekot bitte wieder mit nach Hause nehmen.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass Herr Egler ihm in dieser Angelegenheit aus vollem Herzen spricht. Allerdings sollte die Bevölkerung die Hundehalter ebenfalls darauf ansprechen, wenn sie das Abkoten eines Hundes beobachten. Die Verwaltung kann den Missstand nur beseitigen, wenn entsprechende Anzeigen beim Ordnungsamt getätigt werden.

Herr Walter Bender bittet um Auskunft, ob während der Baumaßnahme der Brunnenweg im Stadtteil Helmhof als Umleitungsstrecke verwendet werden kann.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass auch hier die Straßenverkehrsordnung zu beachten ist, weshalb wegen des Durchfahrtschildes keine Möglichkeit einer Befahrung besteht.

Herr Inan Cokdogru fragt nach, ob es bereits einen Beschluss der Stadt Neckarbischofsheim gibt, im Stadtgebiet Ganztagsplätze für die Kinderbetreuung anzubieten.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass sich die Verwaltung und die Evangelische Kirchengemeinde in der letzten Woche wegen der Ganztagsbetreuung unterhalten haben. In der Sitzung des Gemeinderates im November wird der Bedarfsplan für das Jahr 2011 vorgestellt, der einen Vorschlag zur Ganztagsbetreuung in Neckarbischofsheim beinhaltet.

Herr Inan Cokdogru würde es begrüßen, wenn im Schulzentrum eine weitere Photovoltaikanlage errichtet wird. Auch er hat auf seinem Privstdach im Eichertstal eine Photovoltaikanlage installiert, die bereits in 12 Jahren zurückbezahlt ist. Das größte Verschleißteil einer solchen Anlage ist der Wechselrichter, dessen Kosten für den Austausch bereits bei der Errichtung der Anlage einkalkuliert werden kann.

Herr Inan Cokdogru stellt fest, dass die Verkehrsteilnehmer die Straßen im „Eichertstal“ dazu nutzen, gerne etwas zügiger durch die Tempo-30-Zone zu fahren. Er fragt deshalb an, ob die Möglichkeit besteht, hier Verkehrsberuhigungen einzurichten.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass er beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis Geschwindigkeitskontrollen für das Neubaugebiet „Eichertstal“ beantragen wird.

Herr Inan Cokdogru fragt an, ob für das Jahr 2011 keine Abwassergebühren erhoben werden.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Möglichkeit besteht, nach der derzeitigen Abwassersatzung Gebühren zu erheben, weshalb anstatt drei jährlichen Abschlägen nun ein vierter Abschlag für das Abwasser erhoben wird. Nach der Einführung der Gesplitteten Abwassergebühr, voraussichtlich im ersten Quartal 2012, wird eine Rückrechnung auf das Jahr 2010 erfolgen.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: